

Statement des EAK München zur Debatte um Ehe und Familie

Als Bezirksverband des Evangelischen Arbeitskreises der CSU München nehmen wir besorgt zur Kenntnis, mit welcher Vehemenz, teils auch Aggressivität und Unsachlichkeit, unterschiedliche Gruppierungen die Um- bzw. Neudefinition der Ehe einfordern, meist unter dem Slogan „Ehe für Alle“.

Wir wissen uns in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz, wenn wir an der Einzigartigkeit und besonderen Privilegierung der **Ehe aus einem Mann und einer Frau** festhalten. Diese auf der christlichen Tradition basierende Lebensform aufzugeben halten wir für grundfalsch.

Mit Bedauern stellen wir fest, wie inflationär und faktisch falsch Gegner einer Umdeutung der monogamen Ehe aus Frau und Mann als „homophob“, „engstirnig“ oder gar rechtsradikal diffamiert werden. **Mit** unseren römisch-katholischen Freunden vom **Gesprächskreis ChristSozialer Katholiken (CSK) rufen wir unsere Partei auf**, gegen lautstarke Stimmen der Opposition **an der Ehe im Sinne des Grundgesetzes festzuhalten**. Dabei stellt es *keine* Diskriminierung dar, Ungleiches nicht gleich zu behandeln! Im Gegenteil: Gerade darin, Ungleiches *nicht* gleich zu behandeln, wird man diesem jeweils gerecht.

Ausdrücklich wenden wir uns **gegen ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtlich lebende Paare** – eingetragen oder nicht – aus tiefer Überzeugung, dass Kinder männliche und weibliche Bezugspersonen im engsten Umfeld brauchen, im Idealfall den leiblichen Vater und die leibliche Mutter bzw. im Falle von Adoption stattdessen Adoptivmutter und Adoptivvater. Das Kindeswohl muss höher wiegen als alle Wünsche nach Kindern. Dabei sehen wir nicht die Befürworter der Beibehaltung der geltenden Gesetzeslage in einer Pflicht, nachzuweisen, dass bei zusammen lebenden Paaren gleichen Geschlechts Heranwachsende hierdurch Schaden nehmen (könnten) und halten es ebenfalls für unlauter, auf die traurigen Fälle zu verweisen, wo schutzbefohlene Kinder seitens männlicher und weiblicher Bezugspersonen vernachlässigt oder gar aktiv misshandelt worden sind. Dies ist bestmöglich zu unterbinden, stellt aber keine Argumentationsgrundlage zugunsten eines Adoptionsrechts für homosexuell lebende Mitmenschen dar.

Wir sehen **weder Anlass noch Berechtigung**, seitens des Staates die **Unterschiede zwischen der Ehe und anderen Lebensformen einzuebnen**. Was nicht gleich ist muss auch nicht vollumfänglich mit der gleichen Bezeichnung und auch nicht mit den gleichen Rechten versehen werden.

Die Entwicklung in anderen Ländern unterstreicht trauriger Weise bereits heute, wie richtig die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, den Ernst des Debattengegenstandes eingeschätzt hat mit ihrem Hinweis, dass die Umdefinition der Ehe hin zu einer „Ehe für alle“ keineswegs auf homosexuelle Paare zu begrenzen wäre, sondern auch polygame, polyamoröse und weitere Lebensformen einschließen müsste, um wiederum diese nicht zu „diskriminieren“. **Wir lehnen alle diese Aushöhlungen und Abwandlungen der Ehe aus einer Frau und einem Mann entschieden ab.**

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben aus guten Gründen die Ehe auf einen Mann und eine Frau bezogen und eben diese unter den besonderen Schutz der Staatsmacht gestellt. Wir sehen keinerlei Veranlassung, hiervon abzuweichen. Lautstarke Forderungen und (vermeintliche) Umfragemehrheiten ersetzen keine sachliche Argumentation. **Wir fordern daher alle Mitglieder** und insbesondere Mandatsträger **unserer Partei auf, an der „klassischen Ehe“ als Norm unserer Gesellschaft festzuhalten**, den aktuellen Moden des Zeitgeists nicht nachzugeben und fröhlich zu streiten für ein Festhalten an der Privilegierung der Ehe durch das Grundgesetz. Alle uns mögliche Unterstützung hierbei wollen wir als EAK gerne gewähren.

Der Vorstand